

Rede vom 27.05.2003

Thema: FDP gegen weitere Zuschüsse im sozialen Wohnungsbau; Regionsversammlung am 27. Mai 2003; Rede Dieter Lüddecke (FDP-Fraktionsvorsitzender)



Die FDP lehnt eine Verlängerung von Aufwendungszuschüssen grundsätzlich ab, da der dem Beschluss vorliegende Haushaltsrest in Höhe von 111.000 € an anderer Stelle wesentlich effektiver eingesetzt werden kann.

Bei einem Leerstand von ca. 8.000 Wohnungen allein in der LHH wird ein sofortiges Umdenken erforderlich. Angesichts des offensichtlich deutlich gesunkenen Bedarfs an Belegrechtswohnungen wäre es kontraproduktiv, die Laufzeiten der bestehenden Aufwendungszuschüsse von 15 Jahren nochmals zu verlängern. Die Situation zeigt eindeutig, dass die gegenwärtigen Instrumente der Wohnungspolitik nicht wirken und öffentliche Mittel fehlgebunden sind bzw. auch jetzt noch fehlgebunden werden.

Nach Auffassung der FDP-Fraktion sollte grundsätzlich die Subjektförderung vor der Objektförderung stehen. Wir hatten bereits im vergangenen Jahr darauf hingewiesen. Die Förderung der Wohnungssuchenden und die Stärkung ihrer Marktposition ist der Förderung von Wohnungsbaugesellschaften über einmalige und laufende Zuschüsse vorzuziehen. Nur durch die Umstellung von der Objekt- in die Subjektförderung, d.h. von der staatlichen Förderung bestimmter Bauten, in die nach Bedürfnis gestaffelte Förderung der wirklich bedürftigen Bewohner, kann der private Wohnungsbau angeregt werden. In Fällen, bei denen das Einkommen zum Zahlen der Miete nicht ausreicht, ist das Wohngeld ein adäquates Instrument zum Ausgleich der finanziellen Belastung.

Wir denken aber auch an das Fellbacher Modell, durch das ein vollkommen neuer Weg bei der Wohnungsversorgung eingeschlagen werden könnte. Wesentlicher Bestandteil des Modells ist die Gewährleistung einkommensabhängiger und damit sozialverträglicher Mieten. Es wird nicht die Wohnung, das Objekt, sondern die Person, das Subjekt, gefördert. Durch die Zusammenarbeit von Kommunen und privaten Investoren beim Bau neuer Wohnungen, z.B. durch das langfristige Anmieten von Wohnraum durch die Kommune, welches Investitionssicherheit schafft und gleichzeitig soziale Wohnungsbelegung sichert, werden Fehlbelegungen verhindert, und die Aktivierung privaten Kapitals reduziert die Belastungen der öffentlichen Hand.

Außerdem halten wir als FDP-Fraktion die Verlagerung des Schwerpunktes bei der Wohnungsbauförderung weg vom sozialen Wohnungsbau und hin zum Erwerb von Wohneigentum für erforderlich. Selbstgenutztes Wohneigentum ist immer noch die beste Wohnform für Familien. Die Schaffung von Wohnungseigentum kann immer mehr Menschen Wohnungssicherheit bis ins hohe Alter geben. Hier sollten wir die geringen vorhandenen Mittel der Region sinnvoll nutzen. Leider wollen Sie, meine Damen und Herren, von der rot-grünen Mehrheitsgruppe gerade diese Mittel kürzen. Das ist der völlig falsche Weg, deshalb werden wir dieser Vorlage nicht zustimmen.